

Streit in der Von-der-Leyen-Koalition: Welche Green-Deal-Gesetze die EVP angreifen will

Von Lukas.Knigge?Markus.Grabitz.™.Till.Hoppe

Liberalen und Sozialisten wollen bis Mittwoch klären, ob sie an der informellen Zusammenarbeit mit der EVP zur Unterstützung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen festhalten. Auslöser der Krise war die Ankündigung der Kommission, die Green-Claims-Richtlinie zurückzuziehen.

Die Spitze der S&D-Fraktion berät am Mittwoch in einer außerordentlichen Sitzung, ob die informelle Zusammenarbeit mit der EVP sowie Renew in der Von-der-Leyen-Koalition eine Zukunft hat. Dabei wird erwartet, dass auch Stimmen laut werden, die Zusammenarbeit aufzukündigen.

Die Renew-Fraktion nimmt sich ebenfalls bis Mittwoch Zeit für strategische Beratungen. Liberalen und Sozialisten ärgern sich, dass EVP-Fraktionschef Manfred Weber immer wieder Mehrheiten mit Kräften sucht, die rechts von der EVP stehen. So etwa vergangene Woche, als Weber in der Runde der Fraktionschefs gegen den Willen von Liberalen und Sozialisten eine [Arbeitsgruppe](#) im Haushaltskontrollausschuss (CONT) durchsetzte, die sich die umstrittenen Verträge der Kommission mit NGOs anschauen soll. Dies geschieht im Hinblick auf die anstehende Entlastung der Kommission durch das Parlament für das Haushaltsjahr 2024.

Der Konflikt entzündet sich aktuell an der Green-Claims-Richtlinie. Die Christdemokraten lehnen das Vorhaben gegen [Greenwashing](#) als übermäßig komplex und bürokratisch ab, ebenso wie EKR und PflE. Sie drängten die Kommission daher am Mittwoch per Brief, den Vorschlag zurückzuziehen. Die Kommission verkündete am Freitag öffentlich ihren Willen dazu.

Liberalen und Sozialdemokraten bringt der direkte Zusammenhang auf. „Der Berlaymont wird immer mehr zur Parteizentrale der Europäischen Volkspartei – und das ist inakzeptabel“, schimpft Tiemo Wölken, Sprecher der S&D im Umweltausschuss. Man bekomme den Eindruck, dass die Kommission auf Anweisung der drei Fraktionen handle, sagte Renew-Berichtersteller Sandro Gozi. Sie sei aber in den EU-Verträgen zu Unparteilichkeit verpflichtet. René Repasi, Chef der SPD-Abgeordneten, sagte: „Die EVP hat nicht kapiert, was sie bei Green Claims anrichtet. Sie legt ohne Not die Axt an die Zusammenarbeit mit Sozialisten und Liberalen.“

Renew und S&D könnten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Unterstützung entziehen. Die Plattform der drei Mitte-Parteien wäre dann dahin. Doch ein Aufkündigen der Koalition gebe EVP-Chef Weber einen Freibrief dafür, offen mit Rechtsaußen zu kooperieren, heißt es bei den Liberalen. Zudem verliere man für den Rest der Wahlperiode Einfluss auf die Legislativagenda.

Bei S&D gibt es durchaus Überlegungen, die Unterstützung für wichtige Dossiers

aufzukündigen. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) etwa ist eines der Dossiers, bei denen die EVP nicht mit der Unterstützung von Patrioten und ESN rechnen kann. S&D wolle aber nicht im Alleingang aus der Zusammenarbeit aussteigen, heißt es. Man werde sich mit den Liberalen abstimmen.

Von der Leyen nimmt die Warnungen ernst. Sie suchte bereits am Wochenende das Gespräch mit den Fraktionschefinnen von S&D und Renew, Iratxe García Pérez und Valérie Hayer. Sie werteten dies zunächst als Entgegenkommen. Doch am späten Sonntagabend wurde der für Montag angesetzte Green-Claims-Trilog doch noch abgesagt. Wölken und Gozi kritisieren dies scharf. Ein fairer Kompromiss sei in Reichweite gewesen, sagte Wölken. Von der Leyen habe ihn durch die öffentliche Ankündigung am Freitag verhindert.

Im Parlament geht man davon aus, dass die Green-Claims-Richtlinie vorerst vom Tisch ist. Die polnische Ratspräsidentschaft hat keine Mehrheit mehr für ihr Verhandlungsmandat. Italien hatte am Wochenende seine Unterstützung zurückgezogen, motiviert durch die Ankündigung der Kommission. Nun soll am Mittwoch im AStV über das weitere Vorgehen beraten werden.

„Wir drücken die Pausetaste“, sagte eine Sprecherin der Ratspräsidentschaft am Montag. Weitere Schritte seien unklar. Im Parlament vermutet man, von der Leyen habe Giorgia Meloni am Freitag darum gebeten, die Unterstützung zurückzuziehen. Die CDU-Politikerin wolle nicht die Verantwortung übernehmen für das Scheitern des Gesetzesvorhabens, das Verbraucher vor irreführender Umweltwerbung schützen soll.

Die Kommission gab sich am Montag gesprächsbereit. Problematisch sei ein Änderungsantrag des Rates, wonach auch Millionen Kleinunternehmen unter die Regeln fallen sollten, sagte Kommissionssprecherin Paula Pinho. Wenn dieser Antrag beim nächsten Treffen der Unterhändler der drei Institutionen vom Tisch genommen werde, werde man den Vorschlag womöglich auch nicht zurückziehen. Es sei aber an Rat und Parlament, das Treffen einzuberufen.

Der nächste Konfliktpunkt bahnt sich bereits an. Die Forderungen von EVP-Berichterstatte Jörgen Warborn zum [Omnibus zu Nachhaltigkeit](#) gelten Sozialisten als so weitgehend, dass die EVP damit den „Fehdehandschuh“ hinwerfe. Warborn will unter anderem die Unternehmensgrenzen noch höher setzen und Klimapläne ganz abschaffen. Die S&D arbeite an Änderungsanträgen, die „radikaler ausfallen“ werden als bislang absehbar, hört man. Dabei hatten EVP, S&D und Liberale abgemacht, beim Omnibus zu den Berichts- und Sorgfaltspflichten inhaltlich an einem Strang zu ziehen. Jetzt fahren zwei Lokomotiven aufeinander zu.

Die EVP will weitere Green-Deal-Gesetzesvorhaben angreifen. So etwa das [Bodenüberwachungsgesetz](#). Bei dem Vorhaben ist der Trilog abgeschlossen. Im Umweltausschuss des Parlaments (ENVI) wurde das Trilogergebnis bereits angenommen. Die EVP hat sich zwar noch nicht positioniert für die abschließende Abstimmung im Plenum. CDU/CSU-Abgeordnete machen sich aber dafür stark, das Vorhaben nicht durchzuwinken.

Die EVP lehnt das Wald-Überwachungsgesetz ab. Die Kommission wird nach Informationen von Contexte beim heutigen Agrarrat damit drohen, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Dies gehe aus einer Erklärung der Kommission für die heutige Sitzung hervor. Der Grund seien Forderungen

der Mitgliedstaaten, den Gesetzestext auszuhöhlen. Die Mitgliedstaaten wollen bei der Sitzung ihre Position für die Verhandlungen mit Parlament und Kommission beschließen. Einige Änderungsanträge im Rat könnten dazu führen, dass das Gesetz zu höheren Kosten und größerem Verwaltungsaufwand führe statt zu standardisierten Daten für die Waldüberwachung, heißt es von der Kommission. Die Vorschläge des Rates sehen vor, zahlreiche Indikatoren und Standards für die Waldüberwachung und Bewertung der Datenqualität zu streichen.

Die EVP hat zudem das Entwaldungsgesetz im Visier. Das Gesetz ist beschlossen, das Inkrafttreten ist bis Ende 2025 verschoben. Die EVP will erreichen, dass eine Formulierung aufgenommen wird zu Mitgliedstaaten, die keine Risikokategorie für das Problem der Entwaldung darstellen. In diesen Mitgliedstaaten, worunter auch Deutschland fallen soll, wären die Anforderungen gegenstandslos.

Weitere Green-Deal-Vorhaben, bei denen es zu harten Auseinandersetzungen in der Plattform kommen dürfte, sind:

- ETS2
- CO₂-Flottengesetzgebung
- Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Revision des Rechtsrahmens für Nachhaltiges Investieren.